

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. April 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammerungs-, Bergnugungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Anzeigen, Verträge und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 44

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Schlechte Sozial- und falsche Wirtschaftspolitik.
Gewerkschaftsrevue: Polizeierklärung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden. — Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverbande. — Zum Jahresberichte des Ausschusses des christlichen Gesamtverbandes. — Von der gelben Bewegung.
Korrespondenzen: Elberfeld. — Elberfeld-Barmen (M.-M.). — Esfurt (M.-M.). — Frankfurt a. M. — Götting. — Hamburg. — Kreisnach. — Mainz. — Mannheim.
Bundschau: Gehilfenprüfungen. — Meisterprüfung. — Monatliche Lehrlingsliste und „unerhörte Annahme“. — Städtischer Strämergeist und Weltausstellung für das Buchgewerbe. — Minowslaw-Königslein, ein Schwindler. — Von den Gewinnen der Maschinenfabriken.

Schlechte Sozial- und falsche Wirtschaftspolitik

Der Reichstag ist bis zum 28. April in den Ferien. Vorausichtlich wird er dann nur bis zur zweiten Maihälfte verlammt sein, also keine Berge einreißen oder Wunderdinge anderer Art verrichten können. Deshalb ist auch schon ein ungefähres Urteil möglich über das, was er geleistet, mehr aber noch darüber, was er nicht getan hat. In den Artikeln „Stagnation und Reaktion“ ist ja dem Stande und Gange der deutschen Sozialpolitik ausführlich Beachtung geschenkt worden (Nr. 32 und 34); es blieb indes noch einiges zu sagen übrig, was nunmehr geschehen soll.

Von einer unfruchtbaren Session zu reden, entspräche zwar den Tatsachen, aber diese Redensart ist nachgerade stark abgegriffen. Das deutsche Reichsparlament ist auf sozialem Gebiete eher noch unproduktiver geworden wie seither, was etwas heißen will. Die Schuld liegt in allererster Linie an der Regierung, die in dem Bundesrat leider verlässliche Deckung findet, was sich vornehmlich durch das Dominieren von Preußen erklärt. Wenn von der wesentlich durch Herrn v. Dallwitz repräsentierten Leitung des größten deutschen Bundesstaates so viel abhängt, dann ist soziales Verlagen keine ungewöhnliche, viel eher eine gewollte Erscheinung. In Preußen verziehen die starken Männer, der ehemalige Kanalarbeiter als Polizeiminister, und Jagow, der erste Polizeichef des Landes, auf das Zuckerbrot bereits gänzlich, sie schwingen dafür heftig die Peitsche gegen die Arbeiterbewegung. In einer solchen Zeit ist kein Raum für besseres Funktionieren der Sozialgesetzgebung.

Neben weitreichender Stagnation bei dem wenigen, was zu tun unerlässlich erscheint, gar noch ein Zustand, der einem offenen Konflikt zwischen Regierung und Bundesrat einerseits sowie dem Reichstag andererseits verleiht ähnlich sieht — wessen Hände dabei leer bleiben, das dürfte kein Rätsel sein.

In Sachen der Konkurrenzklausele sagt die Regierung unannehmbar, antworten die Handlungsgehilfen mit einem Unannehmbar und haben die technisch-industriellen Beamten auf ihrem zu Ostern in Berlin abgehaltenen Bundestag einer Ausdehnung der Neuregelung dieser Frage auf ihren Beruf mit aller Entschiedenheit gewehrt. Dieser Bundestag erwucht anstatt dessen den Reichstag, die Regierungsvorschläge abzulehnen und die grundsätzlichen Ungültigkeit aller Konkurrenzklausele zu beschließen. Als am 27. März der Reichstag sich anschaute, in die Osterferien zu gehen, strich der Staatssekretär der Justizverwaltung den Regierungsentwurf gegen die Kommissionsbeschlüsse nicht zu knapp heraus, aber er stellte nur in bezug auf den ersten der strittigen drei Punkte Entgegenkommen der verbün-

deten Regierungen in Aussicht. Es sollte verluht werden, in der Zeit bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen die Handlungsgehilfen bzw. deren Organisationen von ihren „unerfüllbaren Forderungen“ abzubringen.

Es hat nun den Anschein, als wäre hinsichtlich der Gehaltsgrenze, die nach dem Regierungsentwurfe 1500 Mk., nach dem Beschlusse der Reichstagskommission und den Wünschen der Handlungsgehilfen aber 1800 Mk. für die Zufälligkeit der Konkurrenzklausele sein soll, von einem Teile der Handlungsgehilfenorganisationen Nachgeben zu erwarten. Die „Soziale Praxis“ bemüht sich ebenfalls, die Handlungsgehilfen in diesem Sinn umzukommen, was unfres Erachtens indes nicht im Interesse dieser wahrlich nicht auf Rosen gebetteten Angestelltengruppe gelegen ist. Im übrigen haben aber selbst die zu diesem Entgegenkommen offenbar bereiten Handlungsgehilfenverbände erklärt, „daß sie eine Regelung unbedingt ablehnen, welche vorsieht, daß der bestehende Rechtszustand betreffend Klausele auf Erfüllung nach den Wünschen der Regierung geändert wird. Der Wunsch der Regierung bedeutet eine so große Verflechtung für die Handlungsgehilfen, daß damit die übrigen Zugeständnisse nicht aufgewogen sind“.

Das ist das Symptomatische der regierungsseitigen Stellungnahme speziell zu sozialpolitischen Gesetzgebungsakten: es soll mehr verbößert als verbessert werden. Die Reichsversicherungsordnung hat erst in ihrer praktischen Durchführung diese Tendenz so scharf hervortreten lassen, daß es in der Tat striktes Erfordernis geworden ist resp. werden muß, die wahrscheinlichen Fortschritte gegen die möglichen Nachteile viel genauer abzuwägen, wie es bisher üblich war.

Die Sonntagsruhe soll bekanntlich auch reformiert werden. Doch ist hier gleichfalls die Regierung schneller mit ihrem Unannehmbar zur Stelle als mit Erklärungen, einmal einen gefundenen Schritt vorwärts zu tun.

Ist das andre von dem gewiß nicht zu vielen, was an sozialpolitischen Vorlagen in der nächsten Zeit noch erlebzig werden soll, auch nicht sprichreif wie die erwähnten Materien, so vermag selbst ein unentwegt optimistischer Frühlingsglaube hier nichts anderes zu erwarten, als was eben der zugehörige Gegensatz zwischen Reichsregierung und Reichstag — beifürchten läßt. Wir wollen da nur den bessern Furchenschuß nennen. Hier hat man durch die Stellungnahme der Vertretung des Deutschen Reichs auf einer internationalen Konferenz ja einen Vorgeschmack bekommen, daß von der Regierung kein Wert darauf gelegt wird, von der deutschen Sozialpolitik zu sagen: Deutschland in der Welt voran!

Die Regierungstaktik ist einmal zu sehr rechts orientiert, dann aber verfließt man sich an den maßgebenden Stellen mit einer Offenheitlichkeit jeder klugen Einsicht in die Geschehnisse und die Zeitereignisse, daß fast von Blindheit gesprochen werden muß. Bülow war das Gegenteil dieser gekünstelten Taubheit. Als er durch ein geschicktes Manöver bei den Reichstagswahlen von 1907 der Sozialdemokratie nahezu die Hälfte ihrer Mandate abgenommen hatte, da erklärte er, nun werde erkl recht die Sozialreform gefördert werden. Sein Nachfolger auf dem Kanzlerposten versteht es hingegen, alles gegen sich in Opposition zu bringen.

Die bereits erwähnte Ostertagung in Berlin hat in einer einstimmig angenommenen Resolution ausgesprochen, was eigentlich vom Deutschen Reich als Leitmotiv der Sozialgesetzgebung erwartet werden müßte. Es heißt darin:

Der Bundestag der technisch-industriellen Beamten erblickt in der staatlichen Sozialreform die unerlässliche Korrektur der durch die moderne Wirtschaftsentwicklung verursachten sozialen Schäden. In Übereinstimmung mit den Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück vom 7. Februar 1913 betrachtet der Bundestag die Sozialpolitik als die wichtigste Aufgabe unrer Zeit und als eine sittliche Pflicht des Staates. Der Bundestag erhebt deshalb entschiedenen Einspruch gegen die Veruche einzelner Vertreter der Willkürhaft des scharfmacherischen Unternehmertums, der deutschen Sozialpolitik unerwünschte Folgen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die allgemeine Volksmoral anzudichten und damit ihre Fortführung zu hintertreiben. Vor allem aber protestiert der Bundestag auf das heftigste dagegen, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung unfre sozialpolitische Gesetzgebungsarbeit an einem gewissen Abschluß angelangt sein soll.

Die technisch-industriellen Beamten betonen die Notwendigkeit einer entschiedenen Fortführung der Sozialreform dann noch mit dem Hinweis, daß von dem ihnen vor acht Jahren gegebenen Versprechen noch gar nichts zu dessen Einlösung geschehen wäre und sprechen die Erwartung an die gesetzgebenden Körperschaften aus, daß baldigst die Initiative zur Erfüllung dieser Zusicherungen ergriffen werde, und daß diese „darüber hinaus auch mit gutem Willen an die Lösung der Probleme herantreten, die durch die wirtschaftliche Entwicklung neu ausgerollt werden“. Diese Anschließung spricht Selbstverständlichkeiten aus, über die eine jede Gewerkschaft ebenlogut resolvieren könnte, selbst auf die Gefahr hin, nach neuerlicher ministeriell-polizeilich-richterlicher Aufstellung in Preußen für politisch erklärt zu werden. Dieses in seiner spezifischen Methode einfach groteske Gegenstück zum Verkümmern der Sozialpolitik besagt zwar alles für den gegenwärtigen Kurs, aber dieler deprimierende Kontrast zwingt dazu, mit größter Schärfe zu betonen, was einerseits ohne jegliche Berechtigung geschieht und was andererseits trotz größter Notwendigkeit unterbleibt.

Die Meinungen darüber, was in jedem Fall eine Korrektur der durch die wirtschaftliche Entwicklung hervorgerufenen Schäden erforderlich macht, werden weil auseinandergehen, Einmütigkeit aber dürfte bestehen, daß viel geschehen müßte, um nur einigermaßen ausgleichend zu wirken; daß weiter aber wenig, leider nur zu wenig guter Wille vorhanden ist, den sozialen Schäden unrer Zeit nach Möglichkeit abzuhelfen. Natürlich ist dies vom Standpunkte dessen gesprochen, der von unrer modernen Wirtschaftsgetriebe nur ein Spältchen seiner Lichtseiten, wenn nicht überhaupt nur die Rehrseite der „schönen“ Medaille zu leben bekommt.

Die Arbeitslosenversicherung ist gewiß die unerlässliche Korrektur des größten durch die moderne Wirtschaftsentwicklung verursachten sozialen Schadens. Der Gewerkschaftskongress in München (22. bis 27. Juni) wird sich mit dem „Gespenst unrer Zeit“ ernsthaft beschäftigen, aber sonst ist „das einzige wirkliche soziale Rettungsmittel“, wie einmal das „Berliner Tageblatt“ schrieb, von der öffentlichen Tagesordnung wieder abgeseht. Als im Spätherbste v. J. die sozialdemokratische Partei vor der Reichstagsöffnung eine lebhaft Propaganda für eine Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen ent-

faltete, da brachte es ein großes nationalliberales Blatt fertig, über den „Arbeitslosenrummel der Sozialdemokratie“ zu höhnen und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mache sich diese wegwerfenden Auslassungen zu eigen. Nun hat aber gerade das vergangene Jahr ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit gebracht, das eine dauernde Beschäftigung mit diesem ernsten Probleme zur Pflicht macht. Die von den Fachverbänden mit Arbeitslosenunterstützung be-richteten und vom Reichsamte für Arbeiterstatistik veröffentlichten Ziffern liefern ein recht unerfreuliches Bild. Es waren demnach durchschnittlich arbeitslos in Prozenten seit 1910:

1913	1912	1911	1910
2,8	1,9	1,8	1,9

Damit ist aber bei weitem nicht die gesamte Arbeitslosigkeit in Deutschland erfasst. Wir halten es daher für geboten, in einiger Zeit dieser eminent wichtigen Frage eine ausführlichere Betrachtung in Verbindung mit all ihren Erscheinungen und den als geeignet anzusehenden Maßnahmen gegen dieses Zeit-übel zu widmen. Es ist sogar besser, nicht nur im Moment einer allgemeinen Erörterung dieser sozialen Notwendigkeit mitzumachen, sondern ihr dauernd die erforderliche Aufmerksamkeit und Förderung zuteil werden zu lassen. Die zerflatternden Wirkungen des Augenblicks können naturgemäß nicht in die Wagchale fallen.

Daß so Viele so wenig zu bedeuten haben für diejenigen, die die Staatsmaschinerie lenken sollen, die andern aber mit ihren Wünschen an den Staat zu sehr berücksichtigt werden, das ist eben der Grundfehler an dem herrschenden Systeme. Daran vermögen Bemühungen, die Sozialpolitik in Deutschland in ein dem allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungstempo annähernd angepasstes Gleichmaß zu bringen, nichts zu ändern. Es wäre ja schade, würde man diese Bestrebungen zu vernichten haben, aber z. B. die zum 10. Mai in Berlin bevorstehende Kundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform zur Fortführung der Sozialreform wird ebensowenig Berge versetzen wie etwa ein Gewerkschaftskongress oder ein sozialdemokratischer Parteitag. Und doch sind solche Tagungen wertvoll, denn sie schärfen unsern Regierungsmännern ungeachtet aller zur Schau getragenen hochmütigen Indolenz dennoch das Ge-wissen. Sie werden trostlosdem Beachtung finden als öffentliche Berater und Warner, je mehr eine Sache um ihrer selbst willen verfochten und je weniger Außerlichkeit dabei entfaltet wird. Wohin man indes blickt, das eine oder das andre Charakteristikum finden wir in allen Lagern und bei jeder Richtung. Eine ganz hohle Mache stellen jedoch die sogenannten deutschen Arbeiterkongresse der Christlichnationalen dar. Diese Schaustellungen mit ihrem überreichen, aber jämmerlich öden Seitungsgewächs sind ein wahrer Hohn auf die Wahrheitszerprobung, daß das Maß der wirtschaftlichen Macht in erster Linie bestimmend ist für die von der Arbeiterschaft zu entwickelnde Kraft. Dieser Wertmaßstab wird auch als eine bessere Triebfeder zu wirklicher Sozialreform anzusehen sein.

Ist nun in Deutschland direkt von einem schlechten Stande der Sozialpolitik zu reden, so ist die Erklärung für diese durchaus unbefriedigende Situation gleich in einer Reihe von Umständen zu suchen. Wir kommen nicht mehr aus mit den alten Begriffen von der Rückständigkeit der Regierung und der Reichstagsmehrheit. Daß diese Faktoren bei dem Vorhandensein von 111 sozialdemokratischen Volksboten sozialpolitisch so dickfellig geworden sind, was von der Regierung vornehmlich gelten soll, ist eine bemerkenswerte Tatsache, an der weit und breit zu achlos vorübergegangen wird. Natürlich betrachten wir dieses Faktum nicht als die Hauptursache der Stagnation, vielmehr spielen noch andre Verhältnisse wesentlich mit.

Da die Gewerkschaften dieser als Vertretung der Arbeiterschaft ja vornehmlich in Betracht kommenden Partei in den Parlamenten eine größere Stosskraft auch nicht zu geben vermögen, so müssen sie selbst trachten, eine solche Kraft durch ihre eigne Tätigkeit zu entfalten, damit dem, was von der Gesetzgebungsmaschinerie vorderhand oder auf lange Zeit nicht zu erwarten ist, durch ihre Organisationsarbeit praktisch so vorgearbeitet wird, daß die schwerfällige deutsche Sozialpolitik immer mehr vor-

gegebene Tassachen gestellt wird. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung wie der Arbeitslosenversicherung haben wir doch schon hervorragende Beispiele des Gelingens aus eigener Kraft.

Freilich wird durch die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung manches aufgehoben und mancherlei vereinfacht. Das darf uns aber nicht kleinmütig machen, wie uns Buchdrucker ja das 21 Jahre lange ständige Entgegenarbeiten einer erst durch eine späte Nachtaufe christlich gewordenen Sonderorganisation nicht auf unserm Wege gestört hat. Das Kastrentum in der Arbeiterschaft, das unter der Bezeichnung gelbe Gewerkschaften bekannter und gewiß eine bedenkliche Zeitercheinung ist, muß als eine Übergangsepoche betrachtet werden, deren Verlängerung resp. Verkürzung nicht zuletzt bei der modernen Arbeiterbewegung liegt: in der einen Richtung durch unangebrachten Radikalismus, poltern-des Pflanzentum, in der andern durch ruhiges, aber intensives Vorwärtsarbeiten und zielklaren Willen.

Sammeln wir also die in uns selbst schlummernden Kräfte und machen wir von ihnen zweckentsprechenden Gebrauch, dann erblickt die Sozialreform eher den notwendigen Schwung. Von unten auf! So muß es auch hier heißen.

Ist die Sozialpolitik also auf einen Sandhaufen aufgelauten, so hat des Deutschen Reichs Wirtschaftspolitik in den letzten Tagen vor Ostern von dem russischen Nachbar ein Zeugnis ausgestellt erhalten, das einer klatschenden Ohrfeige gleichkommt.

In Nr. 30 haben wir an Hand der Reichstagsdebatten geschildert, daß die Reichsregierung sich auf den Standpunkt stellt, den Neuaufschluß der ablaufenden Handelsverträge auf der Grundlage des seitherigen Zolltarifs zu bewerkstelligen. Es konnte indes auch mitgeteilt werden, daß nach Verlautbarungen vom Regierungssitz im preukischen Abgeordnetenhause sogar Bereitwilligkeit vorhanden ist, den Agrariern noch weiter entgegenzukommen. Nun hat Rußland einen Getreidezoll von 4 Mk. beschlossen, welche Repressalie gegen Deutschland auch von dem Pleudolandtag in Finnland Nachahmung finden soll. Das ist ein dicker Strich durch die so junkerfreundlichen Absichten Besmann-Hollwegscher Regierungskunst; eine Kampfanlage Rußlands, die sehr leicht den Zollkrieg zur Folge haben kann, der unbedingt zu dauerndem Nachteile der deutschen Industrie ausschlagen müßte.

Man konnte seit Wochen auf so etwas gefaßt sein. Der frühere russische Handelsminister Timirjazew, der an der Spitze des Komitees zur Vorbereitung der Handelsverträge steht, hat sich in der zweiten Märzhälfte mit einer Offenheit über die in den maßgebenden Kreisen Rußlands bestehenden Ansichten ausgelassen, daß unschwer auf einen gegen Deutschland gerichteten Vorstoß geschlußfolger werden mußte. Wie genannter russischer Staatsmann über Deutschland sich äußerte, müßte auch auf die unbelehrbaren Anhänger der „bewährten Wirtschaftspolitik“ überzeugend wirken. Die Agrarier selbst als der sonder Beispiel bevorzugte kleine Teil des deutschen Volkes könnte man ja ausnehmen, denn der Vater Staat ist ein geradezu idealer Sachwalter ihrer Interessen. Aber die beschämende Tatsache, daß Hunderttausende (christlich) organisierter Arbeiter lediglich aus Gründen höchst ansehnlicher parteipolitischer Taktik den Widerstun der eignen Schädigung noch verteidigen, wie dies unlängst die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ abermals getan hat, mit ihr müßte nach dem hier Gebräuchlichen nun aber doch ausgeräumt werden können.

Bekanntlich besteht zwischen den beiden größten europäischen Staaten seit einiger Zeit eine hohe Spannung. Timirjazew nennt den russisch-deutschen Handelsvertrag einen nennenswerten Punkt dieser Erregung. Der unter Caprivi 1894 mit Rußland zustande gekommene Vertrag sei günstig gewesen und habe eine bedeutende Annäherung zwischen Rußland und Deutschland gebracht. Also günstige oder ungünstige Handelsverträge drücken auch dem politischen Verhältnisse zwischen zwei Ländern den Stempel auf. Höchst bemerkenswert ist das Urteil des russischen Ministers über die wahren Ursachen dieser

nicht eben leicht zu nehmenden Differenzen. Er sagte u. a.:

„Ich glaube, daß dieser Kampf und die Ursachen des ganzen Kampfes auf die deutschen Agrarier zurückzuführen sind. Die deutschen Agrarier wollen sich gegen unsere Produkte wehren, und sie tun alles, um dies zu erreichen, indem sie die Einfuhrzölle erhöhen. Und hier erblicke ich einen paradoxen Fall. Wie ist es möglich, daß Deutschland, das so sehr industriell ist, sich von agrarischen Gesichtspunkten leiten läßt, oder warum erweckt denn Deutschland den Anschein, als würde es sich von agrarischen Gesichtspunkten leiten lassen?“

Wie sehr wir auch ein agrarischer Staat sind, so ist doch das Heil in der Industrie zu suchen. Die Industrie ist die Zivilisation, sie ist der Fortschritt.

Ich glaube, man hat in Deutschland nicht recht, wenn man so die Herrschaft der Agrarier duldet. Die agrarischen Einflüsse haben in Deutschland die Lebensmittel veräuert und die Qualität der Lebensmittel und damit der Nahrung des deutschen Volkes verschlechtert.

Für das Verkehrte unserer Wirtschaftspolitik sind diese Worte Fundamentalfälle. Sie verlieren keineswegs an Wert, weil sie von einem Manne stammen, der berufen ist, für sein Land so viel als möglich bei einem Handelsvertrage herauszuschlagen; er soll nur „auf gegenseitiger Bereitwilligkeit“ beruhen. Deutschland will aber den sonst so respektvoll behandelten größern Nachbarn nach allen Regeln der Kunst im einseitigen Interesse seiner Agrarier rupfen. Das ist etwas andres als der unter Vertragshonoraftenen übliche Brauch.

Die junkerlich-staatliche Preispolitik ist grundfalsch. Für das Inland Verkauf zu überhöhten Preisen dank der sehr hohen Einfuhrzölle, nach dem Auslande jedoch veritable Warenverschleuderung, dazu Inanspruchnahme der Reichskasse zur Entschädigung des Preisausfalles (Ausfuhrprämien) — das Kohlenfondikat und der Stahlwerksverband können sich gleichermaßen den „Schuß der nationalen Arbeit“ leisten — ja, eine solche Methode der Volkswirtschaft muß wohl den Protest und Widerstand des Auslandes hervorgerufen. Es ist das vielleicht ein endlich verlangendes Mittel, das Inland gegen dieses Selbstziehen mehr auf die Beine zu bringen.

Wenn das Großagrariertum den von Rußland empfangenen Rippenstoß am liebsten mit Kampfzöllen beantworten möchte, so muß ihm deutlich klar gemacht werden, daß es für Unverschämtheiten erst recht ein „Bis hierher und nicht weiter“ gibt. Zu der verfahrenen Situation auf dem Gebiete der Sozialreform, dem in breiterer Linie sich entwickelnden Kampfe gegen die Gewerkschaften auch noch das Opfer eines für die Großjunkere und die Schwerindustriellen geführten, in seinem Ausgange schon im voraus nicht zweifelhaften Zolkkrieges mit der europäischen Kornkammer — weiter sollte wirklich nichts mehr! „Es gibt keine größere Tat als die für das Gemeinwohl“, lautet ein Ausspruch des Königs Moka, der zweieinhalb Jahrhunderte vor Christi über den größten Teil von Hindustan herrschte. Sollte denn 1914 Jahre nach Christi die Regierung eines der ersten Kulturstaaten gar nicht wissen, daß sie alle Teile des Volkes in den Rechten wie in ihren Pflichten gleichstellen muß?

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Der neueste Schlag gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände, der sich in dem Bemühen äußert, mit Hilfe von Gerichtsurteilen und Polizeimaßnahmen die Gewerkschaften unter die Fuchel der §§ 3 und 17 des Vereinsgesetzes zu bringen, ist ein neuer Beweis dafür, daß die Drangsalierung der Gewerkschaftsbewegung Fortschritte macht. Der § 3 des „liberalen“ Vereinsgesetzes erkennt zwar als politische Vereine nur solche an, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, aber die Erbringung hat ja hinlänglich bewiesen, was die Fuchel alles unter politischer Betätigung versteht. Jede Forderung auf Lohnzulage, bei der, wie das in der Natur der Sache liegt, hingewiesen wird auf die verkehrte Zoll- und Steuerpolitik des Staates, gilt in den Augen der Richter als politische Angelegenheit. Und eine Gewerkschaftsverammlung, in der so staatsgefährliche Themen behandelt werden, trägt ohne weiteres einen politischen Charakter. Das Schöffengericht zu Münster beispielsweise erklärte 1911 eine Versammlung freigewerkschaftlicher Bergarbeiter schon deshalb für eine politische, weil der Referent die Zustände auf einer fiskalischen Grube kritisiert habe. Das Bergwerk sei eine „Staats Einrichtung“, und wer eine staatliche Einrichtung kritisiere, betreibe Politik! Dieses weltfremde Urteil wurde in der Berufungsinstanz von dem Landgerichte Hannover bekräftigt, das in seiner Begründung u. a. ausführte:

Insofern als der Angeklagte in der Verammlung zum Eintritt in den Bergarbeiterverband aufforderte, sind auch politische Angelegenheiten erörtert worden. Das Gericht ist der Überzeugung, daß der Angeklagte, der selbst gar nicht Arbeiter war, sondern lediglich Angehöriger des Bergarbeiterverbandes, durch Veranlassung der Verammlung wesentlich den Zweck verfolgte, die Ausbreitung dieses Verbandes zu fördern und neue Mitglieder anzuwerben. ... Diese Ziele sind aber schon politischer Art, weil der Verband, wie aus der Aussage des Gewerkschaftsbeamten Sachse hervorgeht, in Fragen, die das wirtschaftliche Wohlergehen des Bergarbeiterstandes im Auge haben, eine gesellschaftliche Regelung anstrebt. Dieses ergeben auch die Generalversammlungen, welche nach § 63 des Statuts alle das Verbandsleben angehende Beschlüsse endgültig fassen. Die Generalversammlung hat insbesondere den Erlaß eines Reichsberggesetzes für dringend erforderlich erklärt und darin die Regelung verschiedener einzeln aufgeführter Verhältnisse verlangt. ... Ebenso suchte der Verband auf die Zusammenlegung öffentlicher Behörden und Körperschaften einzuwirken, indem er insbesondere die Wahl von Verbandsmitgliedern zu Besitzern der Berggewerbesteuer zu fördern suchte. Diese Artbegründung zeigt recht deutlich, wie sich die „politische Betätigung“ einer Gewerkschaft im Kopf von Richtern spiegelt. Der Angeklagte einer Organisation betätigt sich danach schon politisch, wenn er für seinen Verband agitiert. Es hängt also lediglich von der polizeilichen Willkür ab, ob man die Tätigkeit der Gewerkschaftsangehörigen als politische Betätigung ansehen will oder nicht. Die gegen das landgerichtliche Urteil eingeleitete Revision wurde vom Obergericht der Celle am 13. Mai 1912 verworfen. Somit wurde der Bergarbeiterverband als erste freigewerkschaftliche Zentralorganisation zu einem politischen Vereine gestempelt. Auf Grund des oberlandesgerichtlichen Urteils richtete der Bochumer Polizeipräsident im Vorjahr an den Vorstand des dortigen Zweigvereins des Bergarbeiterverbandes die Aufforderung, alle jugendlichen Mitglieder auszuschließen. Auf erfolgte Weigerung wurden die Vorstandsmitglieder in Strafe genommen wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes. Die Berufung hiergegen wurde am 26. März d. J. vom Bochumer Schöffengericht verworfen. Mehrfach sind schon Zweigvereine von Gewerkschaften auf Grund der gekennzeichneten richterlichen Auffassung als politische Vereine erklärt worden.

Als das Reichsvereinsgesetz seiner Zeit geschaffen wurde, glaubte man eine einheitliche Regelung des letzter höchst unterschiedlich behandelten Vereinswesens damit erreichen zu können. Hatte es doch die Gesetzgeber für „selbstverständlich“ gehalten, daß die Gewerkschaften nicht zu den politischen Vereinen gezählt würden, wie das im übrigen auch von der Regierung ausdrücklich ausgesprochen wurde. So hieß es z. B. in der Begründung des Gesetzesentwurfes: „Gemeinschaftliche politische Erörterungen und selbst Forderungen machen also einen Verein noch nicht politisch ... oder wenn eine Gewerkschaft, die regelmäßig die in das Gebiet des Koalitionsrechts fallenden Bestrebungen verfolgt, in bestimmten Fällen gelegentlich auch auf die Gesetzgebung einzuwirken sucht, werden diese unpolitischen Vereine noch nicht politisch.“ Weiter sprach die Begründung über alle von besonderen Gewerkschaftseinrichtungen. Selbst die oft ausgespielte „Personalunion“ mit einer politischen Partei, die bei keiner Gewerkschaftsrichtung so stark ausgeprägt ist wie bei den Christlichen zum Zentrum, sollte kein Grund sein, einen Verein für politisch zu erklären, denn, so stand in der Begründung zu lesen, „ebenwiewenig wird ein Verein zu einer politischen Organisation, weil seine Mitglieder persönlich bestimmte politische Überzeugungen haben oder vertreten. Ein Begriff des „Zwecks des Vereins“ liegt auch, daß es auf einzelne, wenn auch bezweckte Handlungen nicht ankommen kann, es muß ein dauernder Zweck des Vereins vorliegen.“

Die an die Annahme des Reichsvereinsgesetzes geknüpften Erwartungen sollten sich indes nur zu bald als Enttäuschungen erweisen. Von einer einheitlichen Behandlung der Vereine, insbesondere der Gewerkschaften, kann heute noch keine Rede sein. Die Behörden handhaben die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes ganz nach Belieben. Und wenn man sich der Zusage des einstmaligen Staatssekretärs und heutigen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erinnert, die er in der Kommission abgab, „daß keineswegs die Absicht bestünde, Sinterkreuzen offen zu lassen, im Gegenteil sollte nach seiner Überzeugung jeder schließliche Eingriff gegen Vereine und Versammlungen vermieden werden“, so muß man sagen: Worte sind gut, aber Taten sind besser. Das direkte Gegenteil von dem, was die verbündeten Regierungen mit der Vorlage des Reichsvereinsgesetzes bezweckten, nämlich „die Beseitigung aller beherrschenden und durchaus nicht gebotenen Beschränkungen“, ist eingetreten, und von dem angeblich bestehenden Willen der Regierung, „allen Versuchen einer kleintlichen Auslegung oder Ausföhrung der Vorschriften entgegenzutreten“, ist absolut nichts zu entdecken.

Unter den behördlichen Versuchen, die Gewerkschaften durch Polizeierklärung in eine Zwangsjacke zu stecken, ragt der neueste Streich des „berühmten“ Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow besonders hervor. Schon früher hatte er in einem Gutachten, das ein Gericht von ihm einforderte, einen der gewerkschaftlichen Zentralverbände für politisch erklärt. Dabei stützte sich v. Jagow auf ein Beweismaterial von der Art, wie es in dem Prozesse gegen den Bergarbeiterverband zur Artbegründung herhalten mußte. Beifällig sei bemerkt, daß u. a. an Hand der Proschüre des Gutenbergebundes „Demaskiert“ vom Berliner Polizeipräsidenten der Nachweis für den politischen Charakter

der Gewerkschaften geführt werden sollte. Nette Kronzeugen, diese Bändler!

Aus der Reserve des Gutachters ist v. Jagow herausgetreten, als er am 1. April mehreren Zentralverbänden, die ihren Sitz in Berlin haben, die Aufforderung zugehen ließ, entsprechend den Bestimmungen des § 3 des Vereinsgesetzes Statut und Namensverzeichnis der amtierenden Vorstandsmitglieder einzureichen. Bei seinen Verfolgungsmahnahmen gegen die Gewerkschaften stützt sich der Berliner Polizeipräsident auf das Allgemeine Landrecht, um es den betroffenen Gewerkschaften, die gegen die polizeiliche Verfügung selbstredend Einspruch erheben werden, möglichst schwer zu machen, zu ihrem Rechte zu gelangen. Die Berufung muß in diesem Falle nämlich anstatt durch ein ordentliches Gericht im bureaukratischen Verwaltungsstreitverfahren entschieden werden. Das hat insofern noch höhere Bedeutung, als das Oberverwaltungsgericht früher bereits entschied, daß wenn der Verband als politisch zu gelten habe, dies auch für alle seine Zweigstellen zutreffe.

Wenn das vom Berliner Polizeipräsidenten von langer Hand vorbereitete Vorgehen gegen die Gewerkschaften Erfolg haben sollte, würden alle gewerkschaftlichen Zweigstellen der betreffenden Verbände zu politischen Vereinen gestempelt werden. Daß sich die Gewerkschaften gegen die behördlichen Versuche, sie für politisch zu erklären, kräftig wehren müßten, wird jedem einleuchten, der sich über die Folgen der Maßnahme im klaren ist. Schon der Umstand, daß jugendliche Personen bis zu 18 Jahren nicht Mitglieder politischer Vereine sein dürfen, und daß infolgedessen den meisten Gewerkschaften mit der Politisierung die Heranziehung junger Mitglieder erschwert wäre, würde Anlaß zu energischer Abwehr bieten. Es kommt aber außerdem noch in Betracht, daß den politischen Vereinen die Verspottung auferlegt wird, die Liste der Vorstandsmitglieder an Polizeistelle einzureichen. Diese Maßnahme kommt indes — neben der polizeilichen Überwachung der Versammlungen — nicht nur einer bureaukratischen Bespottung gleich, sondern sie kann sehr wohl Zwecken dienen, die bei dem starken Einfluß der Unternehmerverbände auf direkte Schädigungen der Vertrauensleute hinauslaufen. Aus der Polizeipraxis in der Zeit vor dem Reichsvereinsgesetz, also vor 1903, dürfte ältern Funktionären noch manches Vorkommnis in Erinnerung sein, wo Polizeibeamte geradezu eine Pflicht darin erblickten, das, was sie in amtlicher Eigenschaft erfuhr, den Unternehmern zu übermitteln oder sie rechtzeitig in Kenntnis zu setzen von irgendwelchen geplanten Maßnahmen. Mahreglung leitender Personen und eine gewisse Verhängung der Arbeiter waren oftmals die Folge davon. Bei der an sich schon leichten Orientierungsmöglichkeit der Unternehmer über wirtschaftspolitische Fragen aller Art kann auf Seite der Arbeiter kein Interesse an einer Erweiterung der Auskunftsmittel bestehen.

Daraus resultiert natürlich auch die Notwendigkeit, daß es durch entsprechende Verhalten aller Organe den polizeilichen Spürnasen unmöglich gemacht wird, wirkliches Beweismaterial für eine parteipolitische Betätigung der Gewerkschaften aufzutreiben. Im Interesse einer ersprißlichen Gewerkschaftsarbeit liegt es durchaus, wenn Parteipolitik vom Verbandsleben ferngehalten wird. Damit soll indes der politischen Teilnahmlosigkeit keineswegs das Wort gegeben werden. Aber die politische Betätigung möge in die Organisationsarbeit verlegt werden, die diesem Zweck ausschließlich dienen. Die Zweiteilung in der deutschen Arbeiterbewegung hat gewichtige sachliche Voraussetzungen, sie ist keineswegs nur formaler Natur und sie beruht auch nicht etwa auf kleintlichen Reizorgans auf geschwehen und polizeilichen Schikanen. Gegen Hemmnisse letzterer Art werden sich die Gewerkschaften schon zu wehren wissen.

Mit dem 1. April ist im Deutschen Bauarbeiterverbande die vielumstrittene Arbeitslosenunterstützung zur Einführung gelangt. Nachdem zwei Verbandstage sich mit dem Projekte beschäftigt hatten, ohne zur Entscheidung zu kommen, wurde ein dritter außerordentlicher Verbandstag speziell zu diesem Zweck im Dezember des Vorjahres nach Hamburg einberufen. Der anfängliche Widerstand richtete sich nicht so sehr gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung als vielmehr gegen ihren angeblich ungenügenden Aufbau, nach dem die Unterstützung in den Monaten Januar und Februar nicht gezahlt werden sollte. Die geradezu lurchbare Krise im Baugewerbe führte die grundsätzlichen Gegner und diejenigen, die die Unterstützung auf das ganze Jahr ausgedehnt wissen wollten, auf der mittleren Linie zusammen. Sie auf sechs Beitragsklassen aufgebaut, sich nach Starenzen abstuende Arbeitslosenunterstützung kann in einem Jahre für 48 Tage bezogen werden. Die Beiträge schwanken zwischen 40 Pf. in der ersten und 90 Pf. in der sechsten Klasse; die Unterstützungssätze betragen in den beiden Klassen 45 Pf. pro Tag (bei 44 Beiträgen) und 1,95 Mk. pro Tag (bei 44 Beiträgen). Die Art wieder eine der stärksten Gewerkschaften den Spuren der Zukunft entgegen, die allerdings schon sehr früh eingeleitet haben, daß eine große Organisation ohne ein gutausgebauter Unterstüßungswesen ihre Ziele nicht erreichen kann.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichte in seiner Nummer vom 30. März den Bericht des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1913. Der Bericht stellt fest, daß im vergangenen Jahre die Arbeitslosigkeit in manchen Gewerben den höchsten bisher erreichten Stand überschritt, und daß die Forderung immer noch auf die Lebenshaltung der Arbeiter drückt. „Teuerung, Mißleistung, größere Arbeitslosigkeit drohen die Lohnherabsetzungen ganz oder teilweise in Frage zu stellen“, heißt es an anderer Stelle. Die christlichen Führer so reden zu hören, ohne daran zu denken, wie diese selbst dazu ihre Hand bolen, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu er-

schweren, ist für den aufgeklärten Arbeiter eine pure Unmöglichkeit. Er muß zugleich auch daran denken, wie die Christlichen mehr wie einmal Arbeitern in Lohnkämpfen in den Rücken fielen und es den Kämpfern dadurch unmöglich machten, einen Ausgleich zwischen den unzureichenden Löhnen und der verfeuertem Lebenshaltung herbeizuführen. Es gibt kaum noch einen Beruf, der nicht über die arbeiterverräterische Haltung der Christlichen bei Lohnkämpfen zu klagen hätte. Vergessliche Liebesmüß ist es, wenn auf christlicher Seite versucht wird, den Streikbruch aus Prinzip zu bemänteln. In bezug auf den Kreisfelder Färbereistreik heißt es im Berichte: „Der bereits erwähnte Kreisfelder Färbereistreik unterließ erneut den besten Willen der christlichen Arbeiter, selbständig zu den Bewegungen des gewerblichen und Wirtschaftslbens Stellung zu nehmen und einen einseitig sozialistischen Streikhoder abzulehnen.“ Mit solchen Phrasen läßt sich natürlich niemand über die Wirklichkeit hinwegtäuschen. Der christliche Ausschuss weiß sehr wohl, daß es die freie Legitimationorganisation an gewerkschaftlichem Entgegenkommen nicht hat fehlen lassen, daß dieser Verband aber den Kampf führen mußte, weil bei den Verprechungen der Unternehmer auf Lohnabzählungen einige Hundert Arbeiterinnen vollständig unberücksichtigt geblieben waren. Der Verrat der kämpfenden Legitimationarbeiter am Niederrhein durch die Christlichen schloß sich würdig ihren Sedentaten im Ruhrkohlenrevier an. Die sich überall zeigenden Befreiungen der Reaktion in Deutschland führt der Bericht in sehr oberflächlicher Weise auf den großen Wahlsieg der Sozialdemokratie vom Jahre 1912 zurück. Die Herren müssen es ja am besten wissen, was sie ihren Schächeln bieten können, die an bedeutungsvollen Erscheinungen im wirtschaftspolitischen Leben mit Schwelgen vorübergeführt werden. Was speziell von den Vorgängen im Buchdruckgewerbe, denen prinzipielle Bedeutung zukommen soll, und von den moralischen Erhebungen des Gutenbergebundes in dem Berichte zusammengefaßt wird, steht auf gleicher Höhe wie die Beweisaufklärung des mehr wie zweifelhaften Ergebnisses des dritten deutschen Arbeiterkongresses in Berlin.

Was über den Kölnner Gewerkschafts-Kongress, der die „Unabhängigkeit“ der christlichen Gewerkschaftsbewegung von kirchlichen und politischen Gewalten im richtigen Lichte zeigte, und über den Gewerkschaftsstreik im christlichen Lager ausgeführt wird, ist bestenfalls Verlegenheitsgefummel. Man hat angeblich Besseres zu tun, als sich herauslocken zu lassen. Auch gewisse protestantische Kreise, die auf eine Neuprüfung des Standpunktes der christlichen Gewerkschaften drängen, würden diese aus ihrer Reserve nicht herausbringen. Wenn diese Ruhe der Ausfluß des Machtgeföhls der christlichen Gewerkschaften wäre, könnte sie uns imponieren. In Wahrheit hält die „unabhängigen“ Herrschaften jedoch die Furcht vor dem Krummstab in Schach. Von dem als Gegenzug zur „Volksfürsorge“ gedachten Abkommen mit der Deutschen Volksversicherungs-A.-G. sagt der Bericht in stummer Resignation, daß die Durchführung in voller Durchführung begriffen sei und so funktioniere, wie es „den Verhältnissen gemäß“ erwartet werden könne. Weniger kann man nicht gut verlangen.

Aus dem Kasselerbericht ist zu ersehen, daß die Einnahmen des Ausschusses im Berichtsjahr insgesamt 154226,46 Mark und die Ausgaben 139706,65 Mk. betragen. Der Kasselerbericht am Schluß des Jahres 1913 war 14519,81 Mark. Von den Einnahmen entfielen 86571,82 Mk. auf Beiträge der einzelnen Verbände (gegen 84082,25 Mk. im Vorjahre). Einen Hauptposten in der Ausgabe stellen die Agitationskosten, sie erforderten 33270,51 Mk. Sechs Sekretariate sind der Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften angeschlossen, und zwar das bayrische in München mit 51382 Mitgliedern, das mitteldeutsche in Erfurt mit 7000, das norddeutsche in Hamburg mit 8760 und das süddeutsche in Karlsruhe mit 11456 Mitgliedern in Baden, 9610 in Württemberg, 8425 in der Rheinpfalz, 5077 in Elsaß-Lothringen. Das sächsische Sekretariat in Dresden und das westdeutsche in Essen ziehen es vor, sich über ihre Mitgliederlisten auszuschweigen. Das mitteldeutsche Sekretariat wurde im Oktober aufgehoben, weil es angeblich seine Aufgabe erfüllt habe. Der genaue Kasseler des für die Christlichen besonders feigen Bodens Mitteldeutschlands, insbesondere Thüringens, wird die Aufhebung des Erfurter Sekretariats mit andern Augen betrachten. Mehr und mehr zeigt sich in der christlichen Bewegung der Zug nach dem Westen, nach dem „gelobten“ Lande der roten Erde. Dort geißelt die Wirtschaftsfriedlichkeit aller Grade am besten — zur Freude aller Arbeiterseinde, deren Position durch die Kurzlichtigkeit der Arbeiter nur gestärkt wird.

Von der Spaltung der Gelben in eine Essener und eine Berliner Richtung haben wir lehtsin schon berichtet. Am 28. März haben sich nun die Werkvereine der Berliner Richtung, die im Gegentage zu der Essener Richtung auf das Streikrecht nicht in jedem Falle verzichten wollen, zu einem Kartellverbande deutscher Werkvereine zusammengeschlossen. In der angenommenen Resolution heißt es: „Nach den Ausführungen der einzelnen Redner konstatieren wir, daß eine Einigung zwischen der Berliner und Essener Werkvereinsrichtung ausgeschlossen ist. Die anwesenden Vertreter deutscher Werkvereine begrüßen die Anregung zur Gründung des Kartellverbandes deutscher Werkvereine und geben die Erklärung ab, das Programm der Berliner Werkvereine anzuerkennen, weil es den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterschaft entspricht.“ Die Umarmung irgend einer gelben Richtung, von „berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterschaft“ zu reden, ist allerdings klarer Tabak. Aber was spielt sich nicht alles als Vertreter von Arbeiterinteressen auf, ohne ernstlich daran zu denken? So bemerkt das „Zentralblatt“ der Christlichen zu der Zerstückelung im Lager der ganz Gelben: „Wenn die Berliner Gelben keine Schutztruppe des Unternehmertums,

sondern Arbeiterinteressenvertretungen sein wollen, die Selbstständigkeit und Streikrecht für sich beanspruchen, wofür dann überhaupt eine gelbe Sonderbewegung? Dann hätten sie sich, um dem sozialistischen Zwange zu entgehen, doch den auf nationalem Boden stehenden Gewerkschaften anschließen können, wo ihnen alles das in besserer Form geboten würde, was sie angeblich jetzt erstrebten wollen.“ Allerdings, die Unterschiede zwischen den wirtschaftsrechtlichen Richtungen der echt Gelben und der in der Wolle etwas dunkler gefärbten sind verschwundend. In praxi gleichen sie sich sogar wie ein Ei dem andern.

□ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

We. Eberfeld. (Vierteljahrsbericht.) Eines außerordentlich zahlreichen Besuchs erfreute sich die Generalversammlung am 10. Januar. Nach Erledigung der „Vereinsmitteilungen“ erkrankte Vorsitzender Marshall den Jahresbericht. Von zwei vorliegenden Aufnahmegesuchen wurde eins befürwortet, während das andre zurückgestellt werden mußte. Der Vorsitzende gab ferner den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz, woran sich eine kurze Debatte schloß. Mit Ausnahme eines Beizigers wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. — Die Versammlung am 21. Februar nahm unter „Vereinsmitteilungen“ Kenntnis von der Tarifanerkennung der Firma Gäbe in Vohwinkel. Weiter machte der Vorsitzende Mitteilung von der Wahl des Kollegen Adriaan zum Vorsitzenden der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse. Dann wurde auf die Bedingungen bei Einstellung von Lehrlingen hingewiesen. Der Kassenbericht pro viertes Quartal 1913 lag gedruckt vor. Dem Kassierer wurde die von den Revisoren beantragte Entlastung erteilt. Anschließend fand die Neuwahl der Revisoren statt. Nach Bewilligung von 100 Mk. an die Graphische Vereinigung nahm die Versammlung Stellung zu dem am 10. und 11. Mai in Aachen stattfindenden Gautag und stellte eine Anzahl Kollegen als Kandidaten auf. Ein Antrag auf Herabsetzung des Ortsvereinsbeitrags wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — In der Versammlung am 28. März gedachte der Vorsitzende unter „Vereinsmitteilungen“ der 25jährigen Verbandszugehörigkeit des Kollegen Fritz Birk. Mehrere Schreiben vom Gewerkschaftssekretariate lagen vor. Eins davon betraf die Wahlen zu den Verinderungsämtern. Die Versammlung stellte als Kandidaten dazu den Kollegen Ebaneh auf. Unser zweiter Gauvorsteher Bertram sprach sodann über das Thema: „Gewerkschaftliche Lebensfragen“. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Eberfeld-Barmen. (Maschinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.) In ihre im ersten Vierteljahr abgehaltenen drei Versammlungen hatten einen guten Besuch aufzuweisen. Die Januargeneralversammlung wählte den alten Vorstand mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden, als welcher Kollege Mand neugewählt wurde, wieder. Die Besprechung der Neujahrskarten und des Rundschreibens Nr. 1 der Zentralkommission gaben in der Februerversammlung Stoff zu angeregter Diskussion. Nach eingehender Aussprache über das Rundschreiben wurde einstimmig beschlossen, zum vierten Maschinenmeisterkongress in Leipzig einen Delegierten zu entsenden. Als solcher wurde der Vorsitzende gewählt. Dem Zuge der Zeit folgend war die Technische Kommission bemüht, die Kollegen über die neuesten Fortschritte der Drucktechnik fortlaufend zu unterrichten. Die Frankenthaler Maschinenfabrik stellte uns zwei sehr interessante Vorträge über den Offset- und Tiefdruck zur Verfügung, wofür auch hier noch gedacht sei. Die letzte, inhaltlich äußerst reichhaltige Nummer der „Technischen Mitteilungen“ gab hierzu Gelegenheit zu ausgiebigem Meinungsaustausch. — In der Aprilversammlung fand der Vortrag „30 Jahre Entwicklung“ zur Tagesordnung, welcher Hinweis das Erscheinen aller Mitglieder erwarten läßt.

Erfurt. (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Am 28. März fand in Erfurt die Frühjahrsversammlung der Maschinenmeistervereine statt. Der Besuch war ein guter. Anwesend waren von Erfurt 25 (70), Gotha 9 (12), Weimar 16 (16), Eisenach 2 (15) und Sommerda 1 (2). etwa 35—40 Seherkollegen und verwandte Berufe wohnten der Versammlung bei. Der Besuch durch die Druckerkollegen am Orte war unbefriedigend. Nachdem Vorsitzender Schenfarth die Teilnehmer begrüßt hatte, hieß Kollege Stange alle Erschienenen im Namen des Ortsvereins Erfurt willkommen und wünschte der Tagung besten Verlauf. Nach einer längeren Debatte über die internationale Ausstellung in Leipzig erhielt Kollege Franz Kräfte, Vertreter der Farbenfabrik Geismann, das Wort zu seinem Vortrage: „Die graphischen Farben, ihre Substitution und Verwendung“, reißt Experimenten. Der Redner versah es mit Hilfe eines reichen Anschauungsmaterials die Zuhörer fast zwei Stunden zu fesseln. Es sei hierdurch der Firma Geismann nochmals der Dank ausgesprochen. Eine ganze Reihe von Fragen, welche Bezug hatten auf Farbe und deren Mischstände, beantwortete der Referent noch nachträglich. Als Delegierter zum Maschinenmeisterkongress wurde Kollege Schenfarth gewählt. — Die nächste allgemeine Versammlung findet im Herbst d. J. in Weimar statt.

Sn. Frankfurt a. M. In ihre gutbesuchte Bezirksversammlung am 30. März erhielt ihr besonderes Gepräge durch einen sachtechnischen Vortrag über das Offset-Druckverfahren. Es war ein mit Erfolg gekröntes Beginnen des Vorstandes, dieses Thema einem größeren Kollegenkreise zugänglich zu machen, wenn auch der Referent, Herr

Sallacz, die wirtschaftliche und soziale Seite der technischen Entwicklung in unserm Gewerbe nicht zu erschöpfen vermochte. Aber gerade diese Fragen sind für uns als Organisation von besonderer Bedeutung, denn die technische Seite dieses Vortrags wird ja, soweit dies bei der Geheimnistuerei der Erfinder und der produzierenden Firmen überhaupt möglich ist, in den Spartenversammlungen und in den Fachblättern infraktuiß behandelt. In seinem Vortrag erläuterte Herr Sallacz, Insruktur der Maschinenfabrik Seim (Offenbach) [gelernter Steindrucker], das Offset-Verfahren in rein technischem Sinn und skizzierte die von der Offenbacher Maschinenfabrik in den Handel gebrachten Offset-Pressen. Einige ausgelegte Druckfächer überzeugten von der Leistungsfähigkeit der Maschinen. Der Referent meinte in seinem Vortrage, daß zur Bedienung der Offset-Pressen die Steindrucker am besten geeignet seien, diese Ansicht reizte naturgemäß zum Widerspruch heraus. In der Diskussion kam denn auch die wirtschaftliche Bedeutung des Vortrags zum Durchbruch. Mehrere Kollegen erkannten an, daß der technische Fortschritt unverkennbar sei, und daß die Entwicklung wohl dazu führen könnte, unsern Druckern empfindliche Wunden zu schlagen. Es müsse alles daran gesetzt werden, den Druckern die neuen Druckverfahren, Offset und Tiefdruck, zugänglich zu machen, um so einer Vermehrung der arbeitslosen Kollegen vorzubeugen. Leider stoben wir hier, vorläufig wenigstens noch, auf große Schwierigkeiten, die zum Teil bei den Erfindern und zum Teil bei den Maschinenfabriken zu suchen sind. Es sei bekannt, daß es nicht gelangt werde, derartige in Betrieb befindliche neue Maschinenstypen zu beschaffen und ebenso wenig gelatte man, den Herstellungsprozess der Druckplatten zu beobachten. Unser Verbandsvorstand, der die wirtschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung für unsere Gesamtorganisation vorausgesehen, habe ja ebenfalls bereits den Versuch gemacht, das Erlernen dieser neuen Druckverfahren den Kollegen zu ermöglichen, sah aber kein Bestreben von negativem Resultate begleitet. Die Frage, ob Steindrucker oder Steindrucker an der Offset-Pressen beschäftigt werden sollen, nahm einen breiten Raum der Diskussion ein. Einige Kollegen glaubten die Frage am besten gelöst, wenn hier eine Arbeitsteilung durchgeführt werde in der Art, daß die Herstellung der Platten den Chemigraphen resp. Steindruckern überlassen bleibt, während der Fortdruck und die Bedienung der Maschine dem gelernten Buchdrucker übertragen wird. Andre Kollegen neigten wieder der Ansicht zu, daß alle in Buchdruckereien aufgestellten Offset- und Tiefdruckmaschinen für den Buchdrucker zu reklamieren seien. Es wurde in der Diskussion auch hervorgehoben, daß den Steindruckerkollegen das Recht auf Arbeit nicht bestritten werden dürfe. Gerade sie hätten im letzten Jahrzehnte durch die verkehrte Zoll- und Steuerpolitik Deutschlands viel Haare lassen müssen und hätten zunehmend mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen; deswegen könne ihnen nicht gewährt werden, diese neueste Phase unser graphischen Entwicklung ihrer Organisation nutzbar zu machen. Zweckmäßig sei, um allen Grenzplanketeilen aus dem Wege zu gehen, eine Verfündigung zwischen den beiden Organisationsvorständen herbeizuführen. Nach beendigter Diskussion nahm die Versammlung noch den Kartellbericht vom ersten Quartale 1914 entgegen.

Görlitz. (Vierteljahrsbericht.) Die Januarversammlung brachte uns ein ausgezeichnetes Referat des Gauvorstehers Fiedler über das Thema: „Aktuelle Tagesfragen“. Redner streifte die neuesten Ereignisse in unserm Reichen und kam insbesondere zu sprechen auf die gewerkschaftlichen und politischen Machinationen unserer Scharfmacher, dabei auch die Streikbewegung in Österreich kurz streifend. Anschließend daran sprach Vorsitzender Fiedler über „Streikarbeit und wie verhalten wir uns zu solcher“. Dieses Thema war gerade für Görlitz aktuell, da auch bei einer hiesigen Firma Streikarbeit verrichtet worden war. Redner kam auch von vornherein auf diesen Fall zu sprechen, schilderte ihn eingehend unter Berücksichtigung der ergangenen Interpretierungen des Tarifamts und betonte, daß alle hierbei in Betracht kommenden Kollegen fast gänzlich verlagert hätten. Leider sei sogar das strikte Vorgehen des Vorstandes in dieser Angelegenheit von einem Teile der hiesigen Kollegen und des in Betracht kommenden Geschäfts als eine Eingeleitung betrachtet worden. Nach Anhörung des wirklichen Sachverhalts kam jedoch die von 91 Kollegen besuchte Versammlung zur einstimmigen Annahme einer Entschließung, in welcher dem Gesamtvorstand, insbesondere aber dem Vorsitzenden Fiedler, das volle Vertrauen ausgesprochen wurde. Gleichzeitig erklärte sich die Versammlung mit dem Vorgehen des Kollegen Fiedler einverstanden. — In der Februerversammlung berichtete der Vorstand über eine Vertrauensmänner- und Vorstandssitzung, die zwecks Sebung der Kollegialität unter Berücksichtigung der letzten Vorgänge am Ort einberufen worden war. Anschließend daran sprach Herr Witte über „Feuerbestattung“, ein Thema, das besonders für Görlitz seit Bestehen des Krematoriums von Interesse ist. Der Bericht über wichtige Tarifschiedsgerichtsurteile löste eine rege Diskussion aus. — Die Märzversammlung nahm Stellung zu der Kohlen Broschüre. Nach Besprechung einer tariflichen Angelegenheit hörte die Versammlung einen hochinteressanten Vortrag mit Experimenten über: „Natürliche Erklärung der Hohnpote und Suggestion“. Außerdem gedachte der Vorsitzende noch des 25jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Max Lindner, der nun auch bereits zwölf Jahre als Ortskassierer tätig sei. Ihm im Auftrag des Ortsvereins zugleich die besten Wünsche übermittelnd. Eine kleine Feier fand am 5. April im „Wasserkeller“ statt, an welchem Abend auch dem Jubilar ein schönes Geschenk überreicht wurde.

M. Kreuznach. (Vierteljahrsbericht.) Im abgelaufenen Quartale fanden drei Versammlungen statt, die ziemlich gut besucht waren. In der Januarversammlung

wurde beschlossen, zur Deckung der Kosten des im Bezirke Stoblenz zu errichtenden Bezirksarbeitssekretariats nicht beizusteuern. Eine Neuaufnahme mußte zurückgestellt werden. Ferner fanden Tarifbesprechungen am Hand der gesammelten Entschiede der Tarifschiedsinstanzen statt. — Am 8. Februar erkrankte Bezirksvorstehender Neu (Stoblenz) eingehenden Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz. Zu dieser Versammlung waren auch die Simmerer Kollegen erschienen. — In der Märzversammlung wurde an Stelle des leibherrigen Vorsitzenden Corell Kollege Röder gewählt. Ferner wurde u. a. eine Resolution betreffs der Reghäuserchen „Dokumente“ angenommen.

Mainz. (Bezirksversammlung vom 29. März.) Die Versammlung war von den auswärtigen Kollegen gut besucht, während die Beteiligung der Mainzer Kollegen zu wünschen übrig ließ. Unter „Geschäftlichem“ wurde zunächst der Rapport bekanntgegeben. Der Krankenstand ist gegenwärtig ein hoher, während die Arbeitslosigkeit infolge der am Orte herrschenden guten Konjunktur gering zu nennen ist. Neuaufgenommen in die Organisation wurde ein Kollege. Der Vorsitzende verwies sodann auf die am 21. März stattgehabte, fast vollständig besuchte Vertrauensmännerführung, deren wichtigster Bezugspunkt die Instruktion der Vertrauensleute über die aufzunehmende Überfundenstatistik bildete. Am Vorabend der Bezirksversammlung fand eine Zusammenkunft der Neuauslernenden statt, um diese mit den Bestrebungen des Verbandes und dem Wesen der Tarifgemeinschaft vertraut zu machen. Erfreulicherweise ist zu konstatieren, daß auch in diesem Jahre der Nachwuchs gewillt ist, sich dem Verband anzuschließen, der einzig und allein als Vertretung der Gehilfeninteressen in Betracht kommt. Schon seit geraumer Zeit sind die Bundeschriften an der Arbeit, die ihnen geeignet erscheinenden jungen Kollegen für die „gute und gerechte Sache“ zu gewinnen. Mit den bekannten Subskripten des Bundes wurden diese Kollegen von Berlin aus kontaktiert, in persönlichen Unterredungen von der Gürtrefflichkeit des Gutenbergbundes „überzeugt“ und die Eltern in dem gleichen Sinne bearbeitet. Ein neugewachener, fanatischer Zümler legte diesem Treiben die Krone auf. Er patronisierte vor dem Versammlungslokal, wofür in der Absicht, die in sein händlerisches Herz geschlossenen jungen Kollegen zum letzten Male zu beschwören, von dem Eintritt in den 111. Verband abzusagen. Und der Erfolg? Der Liebe Müß war umsonst! Geziemt nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß der „Bundesgehilfenherr“ Felder am 1. April seinen Sitz von Köln nach Mainz verlegt, um von hier aus seine auf den Mitgliederfang berechneten „Operationen“ zu unternehmen. Vorsitzender Conradi besprach sodann in treffenden Ausführungen die österreichische Tarifbewegung. Im Anschluß daran wurde von einem Kollegen angeregt, eine Aktion einzuleiten, um die Stellung des Geschäftsbetriebes der Streikbrecheragenten à la Keeling, Hinte und Konforten unter das Stellenvermittlungsgesetz herbeizuführen. Von anderer Seite wurde die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit eines solchen Vorgehens bestritten, da auf diesem Weg eine Unschädlichmachung der „nützlichen Elemente“ nicht zu erreichen sei. Bei dem folgenden Punkte sprach der Geschäftsführer Bauer vom hiesigen Konsumverein über die gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volksfürsorge“. In interessanten und auch lehrreichen Ausführungen entledigte sich der Redner seiner Aufgabe, wofür ihm der Beifall und Dank der Versammlung zuteil wurde. Kollege Brünner erkrankte den Kartellbericht, an den sich eine längere Diskussion über interne Angelegenheiten knüpfte. In vorgerückter Stunde wurde noch zu der Kohlen-Broschüre der Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“ Stellung genommen. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen.

G. Mannheim. In ihre Mitgliederversammlung am 28. März hatte einen zahlreichen Besuch aufzuweisen. Es wäre wünschenswert, wenn ein derartiger Besuch immer zu verzeichnen sein würde. Der Besuch war jedenfalls deshalb ein so starker, weil Anträge auf der Tagesordnung standen, die unsere Bezirkskassette bei Annahme schwer belasten würden. In den Verband aufgenommen wurden fünf Kollegen. Das diesjährige Johannisfest wird am Sonntag, 21. Juni, durch einen Ausflug nach Dürkheim (in der Pfalz) gefeiert. Der vierte Punkt der Tagesordnung: „Die internationale Budgetgenehmigung in Leipzig“, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Der Antrag hierzu, den teilnehmenden Kollegen eine Beihilfe aus der Bezirkskasse zu gewähren, wurde verlagert. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erkrankte Kollege Margenau.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Schiffenprüfungen. An den diesjährigen Schiffenprüfungen in Kiel, die am 22. und 29. März stattfanden, nahmen insgesamt zehn Prüflinge (drei Drucker und sieben Seher) teil; hiervon waren sieben aus Kiel und je einer aus Plön, Preetz und Heiligenhafen. Wenn auch nicht allen das Prädikat „Gut“ gegeben werden konnte, so wurden sie doch sämtlich mit dem Zeugnisse „Bestanden“ bedacht.

Meisterprüfung. In Eisenben legte der Kollege Wilhelm Ehrst die Meisterprüfung ab.

Nationale Lehrstunde und „unerhörte Annahme“. In Nr. 33 nahmen wir uns die Freiheit, eine Notiz der Geschäftsstelle des Vereins Kölner Buchdruckereibesitzer, die, wie uns verschiedene Ausschnitte eines uns ständig bedienenden Zeitungsausschnittbureaus befristeten, in mehreren Tagesausgaben Kölns und Umgebung abgedruckt (Fortsetzung in der Beilage.)

In Innsbruck am 14. April der Drucker Karl Winterwaldner, 22 Jahre alt.
In Leipzig am 7. April der Druckerinvalide Friedrich Sauerzapf, 87 Jahre alt — Herzschnwäche.
In Blau der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Küster, 46 Jahre alt.
In Wien am 27. März der Seher Franz Wihark, 24 Jahre alt — Gehirnluberulose; am 29. März der Seher Wilhelm Wihark, 41 Jahre alt; am 1. April der Seher Joseph Brümml, 69 Jahre alt; am 2. April der Seher Joseph Berger, 42 Jahre alt; am 4. April der Seher Friedrich Soas, 56 Jahre alt.

Briefkasten.

N. G. in S.: Die für Ihre Zwecke als erforderlich bezeichnete Anzahl von Jubiläumnummern des „Korr.“ können Sie noch erhalten. — U. W. in M.: Davon möchten wir absehen. — S. S. in W.: Befähigten dankend den Empfang; wird sich gelegentlich mit verwenden lassen. — G. A. in S.: Für frdl. Zeilen kollegialen Dank. — G. A. in Duisburg: 4,55 Mk. — R. J. in Hannover: 1,70 Mk.

(Detmold) 189, Troffe (Bielefeld) 157, Rihenhoff (Bielefeld) 99, Wecking (Bielefeld) 95, Koller (Bielefeld) 72. (Abgegeben gültige Stimmen 540.) Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

Bezirk Hagen. (Gaulagsdelegiertenwahl.) Abgegebene Stimmen 389, ungültig 1, absolute Mehrheit 195. Es erhielten Stimmen die Kollegen: Beiser (Almsberg) 271, Ernst (Hagen) 101, Freß (Sierloh) 304, Ged (Lübberscheid) 320, Goffes (Hagen) 82, Rahme (Hagen) 78, Lorenz (Hagen) 328, Niehm (Nehem) 171, Steinmann (Hagen) 233, zerplittert 8. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten. Als Ersatzmann gilt Kollege Niehm.

Bonn. (Gaulagsdelegiertenwahl.) Abgegebene wurden 169 Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Balbus (Bonn) 153, Raheberger (Alrweiler) 133, Gelbrich (Bonn) 89, Heidreder (Gummersbach) 87, Büchner (Bonn) 39, 4 zerplittert, 1 ungültig. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten. Als Ersatzmann gilt Kollege Heidreder.

Adressenveränderungen.
Radeberg i. Sa. Vorsitzender und Kassierer: Franz Djeowski, Friedrichstraße 23 parf.
Thorn. Vorsitzender und Kassierer: Adolf Reich, Gerschkestraße 6.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher 1. Anton Eroczynski, geb. in Katharinowo (Kreis Wrechen) 1890, ausgel. in Dortmund 1908; war noch nicht Mitglied; 2. Ferdinand Wulthoff, geb. in Dortmund 1895, ausgel. in Solingen 1913; war schon Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.
Im Gau Westpreußen 1. der Seher Bernhard Daniels, geb. in Dirschau 1894, ausgel. dal. 1912; 2. der Schweizerdegen Reinhold Janke, geb. in Wülferspo 1894, ausgel. in Neulich 1914; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Seher Willi Korsch, geb. in Danzig 1892, ausgel. in Dirschau 1910; war schon Mitglied. — S. M. David in Danzig, Große Schwalbenstraße 27 parf.
In Wien der Seher Rudolf Klein, geb. in Wien 1864, ausgel. in Döppel 1882; war schon Mitglied. — Franz Ragler in Wien VII/1, Seidengasse 17.

Arbeitslosenunterstützung.

Würzburg. Die Auszahlung der Reiseunterstützung findet ab 1. Mai von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr im Fremden-

verkehre, „Gasthaus Strauß“, Juliuspromenade 11. Die Verwalter der umliegenden Gasthöfe werden gebeten, die Reisenden hierauf aufmerksam zu machen.

Beraminungskalender.

Bayreuth. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Vereinsbrauerei“, Richard-Wagner-Str. 46.
Bielefeld. Außerordentliche Beraminung Montag, den 20. April, abends 7 Uhr, in der „Gifenhütte“, Marktstraße.
Bielefeld. Maschinenmeisterberaminung Sonntag, den 19. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Goldenen Ring“ in Neuh. Eberswalde. Beraminung Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Chemnitz. Quartalsberaminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Hirsche“.
Frankfurt-Ostend. Maschinenmeisterberaminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.
Gera. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Hofordlischen Kurnhülle“.
Göteborg. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, im Hotel „Guldänd“, Sahnhoffstraße.
Greiz i. B. Beraminung Montag, den 20. April, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Eumel“.
Kalle a. S. Maschinenmeisterberaminung Sonntag, den 19. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Große Berlin 14.
Hamburg-Altona. Vertrauensmännerversammlung Dienstag, den 21. April, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (fließendes Restaurant).
Sohnenhausen-Retz. Beraminung Sonntag, den 19. April, nachmittags pünktlich 2 1/2 Uhr, im „Baldhorn“ in Pöchlungen.
Kaiserslautern. Die für heute angelegte Beraminung mußte umständlicher auf Sonnabend, den 25. April, verschoben werden.
Koblenz. Bezirksberaminung Sonntag, den 17. Mai, in Kreuznach. Anträge bis 4. Mai an den Vorsitzenden.
Leipzig. Beraminung Sonntag, den 19. April, vormittags 9 Uhr, im „Sagen“, Leubziger Straße.
Mannheim. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Reinhold“.
Münster i. W. Bezirksberaminung Sonntag, den 3. Mai, im „Reberder Hof“ in Dülmen. Anträge bis 24. April an den Vorsitzenden.
Neu-Glenburg. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.
Pirna. Bezirksberaminung Sonntag, den 26. April, vormittags 11 1/2 Uhr, im „Weißen Roh“, Reibbahnstraße.
Plauen i. B. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
— Frühjahrsbezirksberaminung Sonntag, den 3. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Schlütergärten, Bauer Straße.
Rudolstadt. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gambirius“.
Stallgart. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 7 1/2 Uhr, im Festsale des „Gewerkschaftshaus“, Schlinger Straße 17/19.
Wismar. Außerordentliche Generalberaminung heute Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Ballhalle“.
Würzburg. Beraminung heute Sonnabend, den 18. April, im „Suttenischen Garten“.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Emil Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Zur Berichtigung des am 2. Mai neuererscheinenden Adressenverzeichnisses werden diejenigen Bezirksvorsteher und -kassierer bzw. Vorsitzenden der größeren Mitgliedschaften, die ihre Wohnung verändert und diese Veränderung im „Korr.“ noch nicht bekanntgegeben haben, ersucht, ihre neue Adresse bis spätestens 24. April der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, anzugeben.
Berlin, den 15. April 1914.

Die Hauptverwaltung.

Bezirk Bielefeld. (Wahl der Delegierten zum Gau-tag in Aachen.) Es erhielten Stimmen: Perini (Minden) 423, Hols (Bielefeld) 385, Lenß (Bielefeld) 375, Lübchner (Bielefeld) 328, Ernst (Bielefeld) 325, Lesemann (Herford) 322, Seiffand (Detmold) 288, Prühner (Paderborn) 274, Klatterich (Bielefeld) 260, Giesemann (Herford) 253, Drener (Bielefeld) 242, Wiße (Witersloh) 229, Schieber

Gebrauchte Drucker-einrichtungen, Schriften, Maschinen, Negale, Klaffen usw. 1465
C. Müller & Küster, Leipzig, Querstraße.

Stempelschneider
sauberer Arbeiter, gesucht. Selbiger hat Gelegenheit, sich an Stempelschneid- und Matrizenbohrmaschine einzuarbeiten. 1526
Eiffelg., Nürnberg 2.

Matrizenbohrer
von großer Süddeutscher Schriftgießerei sofort gesucht
Bewerbungen mit Lohnanfragen, Altersangaben und Zeugnisabschriften unter E. 3130 an Saalen-Klein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M. 1542

Matrizenbohrer
der auch Schablonen schiebt, sucht sofort dauernde, selbständige Stellung. Offerten unter O. H. 540 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Alleinverkauf für Deutschland: 1464
Goellns Gehrbuch (35 Bf.)
Heiner empfehle familiäre Fachliteratur, Theater-
stücke, humor. Vorträge. Kollege Mathäus, Dessau.

Praktisches Latein
Kurzer Lehrgang für Buchdrucker
Von J. Bass
Hauptlehrer an der Gewerbeschule Stuttgart.
Herausgeben v. Graphischen Klub Stuttgart.
Dritte, vermehrte Auflage.
80 Seiten Gr.-Oktav. Preis 1 Mark.
Auf 10 Exempl. wird 1 Frei-Exempl. gewährt.
Dieses nützliche Buch eignet sich sowohl zum Selbststudium wie zum Nachschlagen.
Bestellungen an A. Kirchhoff, Stuttgart, Augustenstr. 91.

Richard Härtels Bucherverlag
(H. Siegl), München 2, Holzstraße 7.
Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke.
Katalog unüberschrieben und frei.
Rechtsnachfolger der Buchdruckereien deutscher Sprache. Von Konst. Buden. 1,60 Mk.

**Deutsche Buchdrucker- stenographen-
Vereinigung Stolze-Schrey. Begr. 1899**
Gediegene Fernunterricht ertheilen die Kollegen
H. Domke, Halle a. S., Taubenstr. 9; H. Helsen-
stein, Mannheim, M. 4. 3; W. Meißner, Bres-
lau IX, Brigittenal 19; Otto Köhbe, Steffen,
Barnimstraße 16d; Fr. Winter, Braunschweig,
Juliusstraße 18. Lehrgeld 1,50 Mk., außerdem
Vergütung der Vortragslagen. 1537

Achtung!
Die Schriftseher S. Schröder, O. Köstler,
W. Becker, M. Glub, W. Burwig, M. Roffert
werden hierdurch aufgefordert, sich sofort mit Unter-
zeichnung in Verbindung zu setzen. 1541
S. Uder, Weitzsied, Fischstraße 13.

Ahlen und Pinzetten, plattenschnitt. Seh-
brillen empfiehlt H. Siegl, München 2, Holzstraße 7.
Katalog gratis. 1624

Allen den Kollegen, die unres. Jubiläum
in so freundlicher Weise gedacht haben,
sagen wir hiermit unsern 1546
herzlichsten Dank!
August Sagebiel und Rudolf Zufall
in Hannover.

Am Dienstag verstarb nach langer
Krankheit unser werter Mitglied, der Seher
Jean Bischoff
aus Frankfurt a. M., im Alter von
45 Jahren an Magdarmkrebs. 1545
Ferner verschied am Ostermontag, eben-
falls nach langer Krankheit an Lungen-
luberulose, unser langjähriges Mitglied,
der Seher

August Bornkessel
aus Reichenbach i. Schl., im Alter von
40 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirk Frankfurt a. M.

Zodesanzeige
Am 13. April verstarb nach langer
Krankheit im 41. Lebensjahr unser lieber
Kollege 1538
August Bornkessel
Seit langen Jahren gehörte der Ver-
storbene dem Gauvorstand an und durch
seine Tätigkeit hat er sich die Sympathien
aller Mitglieder im Gau erworben.
Ehre seinem Andenken!
Der Gauvorstand Frankfurt-Neffen.

Am 10. April verstarb plötzlich unser
werter Mitglied, der Metzger 1543
Emil Märker
aus Kolbus, im 42. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Großenhain (Sa.).

Nach längerer Krankheit verstarb am
zweiten Oftertag unser lieber alter Kollege,
der Seherinvalide 1550
Emil Sövel
aus Wesel, im 69. Lebensjahre. Er war
uns immer ein treuer Kollege.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Duisburg, 14. April 1914.
Der Ortsverein Duisburg.

Am 14. April verstarb unser werter
Kollege, der Seher 1544
Fr. Drener
aus Hamburg, im 22. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in
Hamburg-Altona.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben
Mannes, des Buchdruckers 1539
Gustav Weichrauch
sage ich allen denen, welche ihn zur letzten
Ruhestätte geleiteten sowie für die Beweise
liebvoller Teilnahme herzlichsten Dank!
Duisburg, 14. April 1914.
Frau Ww. Anna Weichrauch geb. Reisch.

Maschinenfehrerevereinigung Rheinland-Westfalens
Sonntag, den 26. April, vormittags 10 1/2 Uhr, in Hagen i. W., im „Sanktrestaurant“
(Karl Wölfe), Böhmer Straße 11: 1548
Quartalsveraminung

Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Technisches; 3. Vortrag: Streifzüge durch die
Jahresberichte der Maschinenfehrerevereinigungen; 4. Kassenbericht, Aufnahmen und
Auszahlungen.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet Der Vorstand.

„**Typographia**“ Berlin
Sonntag, den 26. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße:
Generalveraminung
Tagesordnung: Halbjahrsbericht des Vorstandes; Vereinskommunikationen; Festslegung
des Jahresprogramms; Verschiedenes. 1547
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Am 14. April verstarb unser werter
Kollege, der Seher 1544
Fr. Drener
aus Hamburg, im 22. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in
Hamburg-Altona.

Am 10. April verstarb plötzlich unser
werter Mitglied, der Metzger 1543
Emil Märker
aus Kolbus, im 42. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Großenhain (Sa.).

Nach längerer Krankheit verstarb am
zweiten Oftertag unser lieber alter Kollege,
der Seherinvalide 1550
Emil Sövel
aus Wesel, im 69. Lebensjahre. Er war
uns immer ein treuer Kollege.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Duisburg, 14. April 1914.
Der Ortsverein Duisburg.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben
Mannes, des Buchdruckers 1539
Gustav Weichrauch
sage ich allen denen, welche ihn zur letzten
Ruhestätte geleiteten sowie für die Beweise
liebvoller Teilnahme herzlichsten Dank!
Duisburg, 14. April 1914.
Frau Ww. Anna Weichrauch geb. Reisch.

Am 14. April verstarb unser werter
Kollege, der Seher 1544
Fr. Drener
aus Hamburg, im 22. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in
Hamburg-Altona.

Am 10. April verstarb plötzlich unser
werter Mitglied, der Metzger 1543
Emil Märker
aus Kolbus, im 42. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Großenhain (Sa.).

Nach längerer Krankheit verstarb am
zweiten Oftertag unser lieber alter Kollege,
der Seherinvalide 1550
Emil Sövel
aus Wesel, im 69. Lebensjahre. Er war
uns immer ein treuer Kollege.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Duisburg, 14. April 1914.
Der Bezirksverein Duisburg.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben
Mannes, des Buchdruckers 1539
Gustav Weichrauch
sage ich allen denen, welche ihn zur letzten
Ruhestätte geleiteten sowie für die Beweise
liebvoller Teilnahme herzlichsten Dank!
Duisburg, 14. April 1914.
Frau Ww. Anna Weichrauch geb. Reisch.